

# Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P 7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 53 Berlin, den 31. Dezember 1932 40. Jahrgang

## Die Krise des Tarifvertrages im Holzgewerbe

Für die Geschichte des Tarifvertrages in Deutschland ist die Vereinbarung von überragender Bedeutung, welche die Vertreter der Industriellen und der Gewerkschaften am 15. November 1918 abgeschlossen haben. In dieser Vereinbarung werden die Gewerkschaften ausdrücklich als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt, und die Unternehmer verpflichten sich, die Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen mit den Gewerkschaften festzusetzen.

Schon lange vor dieser Vereinbarung hat es in vielen Gewerben Tarifverträge gegeben. Auch im Holzgewerbe konnte man damals schon auf eine beachtliche Entwicklungsgeschichte des Tarifvertrages zurückblicken. Die Bedeutung jenes Paktes liegt darin, daß er für die maßgebenden Kreise des Unternehmertums, insbesondere für die Schwerindustriellen, einen Bruch mit der Vergangenheit darstellt. Der Standpunkt des Herrn im Hause, der unbeschränkt im Betriebe herrscht und den Gewerkschaften die Anerkennung als Vertretung der Arbeiterschaft versagt, war aufgegeben.

Mit dieser Sinnesänderung der maßgebenden Stellen im Unternehmertum fällt zeitlich der Erlaß der Tarifvertragsverordnung zusammen, durch welche der Tarifvertrag den gesetzlichen Schutz und die Anerkennung erhielt, die ihm bisher fehlten.

Es setzte nun eine Hochkonjunktur für Tarifverträge ein, von der auch das Holzgewerbe erfaßt wurde. Auf die wechselvolle Geschichte des Tarifvertrages im deutschen Holzgewerbe seit der Schaffung des Reichstarifvertrages vom 3. Februar 1920 soll hier nicht näher eingegangen werden. Es ist zwar gelungen, den Vertragsinhalt auszubauen und im wesentlichen einheitlich zu erhalten, aber man mußte bei der räumlichen Gliederung des Tarifvertrages der fortschreitenden Zersplitterung der Organisation der Unternehmer folgen. Aus dem einheitlichen Reichstarif wurden im Laufe der Zeit zahlreiche selbständige Bezirkstarifverträge. Einige Bezirke sind schon längere Zeit tariflos, und mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise macht sich auch in den anderen Bezirken bei den Unternehmern des Holzgewerbes eine fortschreitende Vertragsmüdigkeit bemerkbar.

Seitdem das Heer der Arbeitslosen so riesenhaft angewachsen ist, hört man aus dem Lager des Unternehmertums immer lauter den Ruf nach „Auflöschung der Tarifverträge“. Im Grunde ist das nur eine Umschreibung des Verlangens nach Senkung der Löhne. Darin stimmen die Unternehmer aller Berufsweige überein. Die Unternehmer des Holzgewerbes können

jedoch für sich in Anspruch nehmen, auf dem Gebiete der Lohnsenkung bahnbrechend und richtungweisend vorangegangen zu sein. Aber nicht nur dies. Während das Unternehmertum in anderen Berufszweigen bei allem Eifer, den es auf die Senkung der Löhne verwendet, die Erhaltung des Tarifvertrages als selbstverständlich betrachtet, sind die Unternehmer des Holzgewerbes darauf aus, alle tariflichen Bindungen abzustreifen.

Die Gewerbepolitik der Unternehmer des Holzgewerbes wird von engstirnigem Krämergeist beherrscht. Dem Holzgewerbe geht es in der Krisenzeit besonders schlecht. Das Unternehmertum kennt aber als Mittel zur Rettung nur den Kampf aller gegen alle. Billigproduzieren ist die Parole, also wird der liebe Nachbar unterboten. Da werden die Erzeugnisse zu Verlustpreisen abgesetzt mit dem Erfolg, daß nicht nur der eigene Betrieb zugrunde gerichtet, sondern das ganze Gewerbe dem Ruin entgegengeführt wird.

Der engstirnige Krämergeist äußert sich besonders stark in der Lohn-

schein, als ob jetzt die Unternehmer mit vollen Segeln auf die Beseitigung der letzten Reste des Tarifvertrages zusteuern.

Die Zeit der Wirtschaftskrise ist ein Prüfstein für das Verständnis, das die Unternehmer und ihre Organisationen dem Tarifvertragsgedanken entgegenbringen. Die Unternehmer des Holzgewerbes haben die Probe schlecht bestanden.

Der Tarifvertrag dient den Interessen sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter. Er ist ein Instrument zur Förderung des Wohlergehens des Gewerbes, das höher stehen muß als die Sondervorteile einzelner seiner Glieder. Durch den Tarifvertrag sollen die Unternehmer auch in Krisenzeiten vor unlauterer Konkurrenz von der Lohnseite her geschützt werden und zugleich soll der Tarifvertrag dem Arbeiter die Gewähr bieten, daß sein Lohn nicht unter das tarifliche Maß herabgedrückt wird.

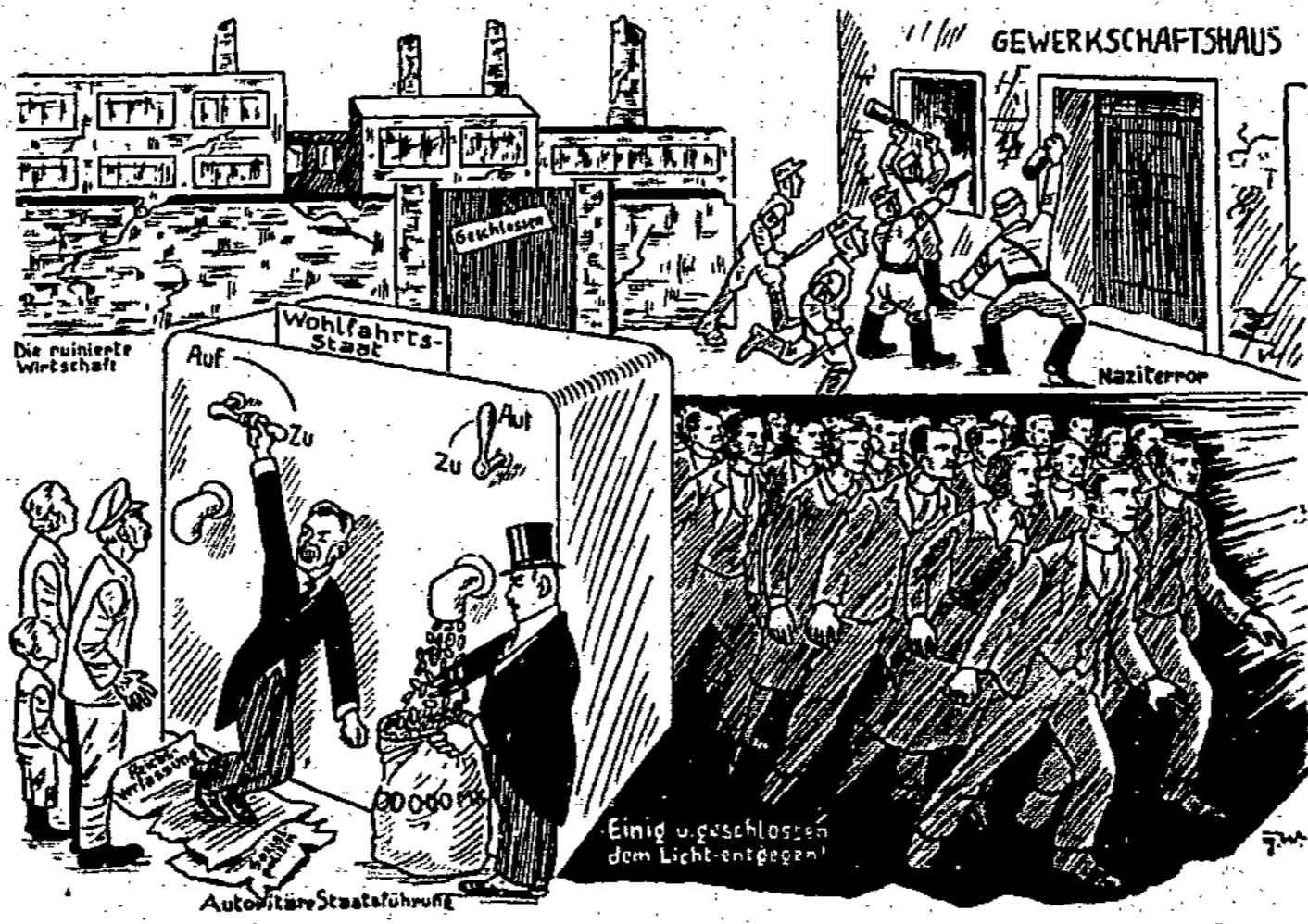
Diesen Nutzen bietet der Tarifvertrag nur, wenn beide Vertragspartner bemüht sind, seine Bestimmungen loyal

die von ihnen geübte Methode, die Bestimmungen des Mantelvertrages durch einseitig diktierete Lohnsätze zu ergänzen. In dieser Hinsicht herrscht zwischen den Organisationen der Unternehmer, so sehr sie sich auch sonst bekämpfen mögen, volle Übereinstimmung. Die Zentralorganisation, der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, hat keinen großen Einfluß auf die ihm angegliederten Bezirksverbände, und die zahlreichen selbständigen Verbände stehen oft in schroffem Gegensatz zu ihm. Nur wenn es gilt, mit mehr oder weniger unsauberen Mitteln die Löhne der Holzarbeiter zu drücken, folgen sie alle gern seiner Führung. Diese Art, mit dem Gedanken des Tarifvertrages Schindluder zu spielen, wird sich noch rächen. Aus der rücksichtslosen Ausnutzung der Konjunktur, wie sie von den Unternehmern jetzt geübt wird, werden die Arbeiter zu gegebener Zeit die Konsequenzen ziehen.

Unser Verband hat von jeher betont, daß er die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als einen Fortschritt betrachtet. Wir sind Freunde des Tarifvertrages, aber wir sind nicht für Tarifverträge um jeden Preis. In einer Reihe von Bezirken ist die Erneuerung der abgelaufenen Tarifverträge an den Forderungen der Unternehmer gescheitert, deren Anerkennung durch unsere Organisation Verrat an den Lebensinteressen der Mitglieder bedeutet hätte. Neuerdings werden von den Unternehmern Forderungen gestellt, die so übertrieben sind, daß sie ihre Erklärung nur in dem Willen finden, sich von jeder tariflichen Bindung frei zu machen. Diesen Zweck werden sie auch wohl erreichen. In einigen Bezirken besteht der tariflose Zustand schon länger und die Kollegen haben sich damit abgefunden. Wir werden es zu ertragen wissen, wenn wir auch in den restlichen Bezirken tariflos werden. Auch in der herrschenden Wirtschaftskrise bietet sich mitunter Gelegenheit, die Tariffreiheit zweckentsprechend auszunutzen.

Es kann keine Rede davon sein, daß uns der vertraglose Zustand wehrlos dem Diktat der Unternehmer ausliefert. Wir müssen den Kampfwillen unter den Kollegen lebendig erhalten und dürfen keine Mühe scheuen, den Verband zu stärken und ihm neue Kämpfer zuzuführen. Wie sich die Verhältnisse in der nächsten Zeit entwickeln, ist ungewiß. Der Tarifvertrag im Holzgewerbe befindet sich in einer Krise; ob er sich aus ihr erholt, ist zweifelhaft. Aber gleichviel wie sich die Dinge gestalten, obliegt jetzt jedem Kollegen die Pflicht, nach Kräften mitzuarbeiten an dem Ausbau und der Stärkung unseres Verbandes.

### Vom alten ins neue Jahr



frage. Nach amtlicher Feststellung sind die Tariflöhne im Holzgewerbe weit stärker gesenkt worden als im Durchschnitt aller Industriezweige. In kurzfristiger Verblendung glauben die Unternehmer, auf Kosten des Arbeitslohnes ihre Konkurrenzfähigkeit steigern zu können. Der wilde, selbstmörderische Konkurrenzkampf tobt nicht nur zwischen den einzelnen Unternehmern, sondern auch zwischen ihren zahlreichen Organisationen. Dieser Konkurrenz sind bereits die meisten tariflichen Lohnbindungen zum Opfer gefallen, und es hat den An-

durchzuführen und den Geist des Tarifvertrages lebendig zu erhalten. In der Zeit der schweren Wirtschaftskrise haben wir aber die Erfahrung machen müssen, daß uns der Tarifvertrag den Schutz, den wir von ihm erwarten durften, nicht geboten hat. Auf die sehr zahlreichen Einzelfälle, in denen gegen Vertragsbestimmungen verstoßen wurde, soll hier nicht eingegangen werden. Wichtiger als das Verhalten einzelner Unternehmer ist das ihrer Organisationen.

Kennzeichnend für den in den Arbeitgeberverbänden herrschenden Geist ist

## Amnestie

Der Reichsrat hatte seine Entscheidung über das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz bis zum 20. Dezember verschoben. Diese Sitzung ist mit großer Spannung erwartet worden, denn es war bekannt geworden, daß mehrere Ländervertreter die Absicht hatten, gegen die Amnestie zu stimmen. Der Verzicht des Reichsrats auf den Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz erfordert Zweidrittelmehrheit. Sie ist denn auch erreicht worden. Der Reichsrat hat mit 44 gegen 19 Stimmen auf sein Einspruchsrecht verzichtet. Da auch der Reichspräsident dem Vollzuge zugestimmt hat, ist die Amnestie in Kraft getreten. Den Amnestierten haben sich noch vor Weihnachten die Gefängnistore geöffnet.

Der Einspruch des Reichsrates hätte, wenn er erfolgt wäre, nur die Bedeutung einer Verzögerung gehabt. Ein erneuter, mit Zweidrittelmehrheit gefaßter Beschluß des Reichstages, der zu erwarten stand, hätte den Einspruch des Reichsrats unwirksam gemacht.

Diese Amnestie ist die umfassendste, die seit Bestehen der Weimarer Verfassung erlassen wurde. Man schätzt die Zahl der von ihr Erfaßten auf 15000, von denen 9000 bis 10000 aus Gefängnissen und Zuchthäusern entlassen werden. Außerdem werden etwa 5000 schwebende Strafverfahren niedergeschlagen.

Die Straffreiheit erstreckt sich auf Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftlicher Kämpfe begangen sind. Ausgenommen sind nur Verbrechen gegen das Leben, wenn dabei ein Mensch getötet oder verletzt worden ist; gemeingefährliche Verbrechen mit Todeserfolg, Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist. Ferner Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, schwerer Raub und hochverräterische Unternehmungen, die darauf abzielten, Reichswehr und Polizei zu zersetzen. Straftaten, die aus wirtschaftlicher Not begangen wurden, fallen nur dann unter die Amnestie, wenn auf Geldstrafe oder Freiheitsstrafe nicht über sechs Monate erkannt ist. Weitere Voraussetzung ist, daß der Verurteilte nicht mit einer Freiheitsstrafe von insgesamt höchstens drei Monaten vorbestraft ist.

Strafen für politische Straftaten werden vollständig erlassen, wenn auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren erkannt ist. Sind höhere Strafen verhängt, dann werden diese zunächst um fünf Jahre gemindert. Der bleibende Rest wird um die Hälfte herabgesetzt und an die Stelle von Zuchthaus tritt Gefängnisstrafe. Strafverfahren, die erst eingeleitet oder noch nicht rechtskräftig abgeurteilt sind, werden niedergeschlagen. Wo ein Strafverfahren noch nicht eingeleitet ist, unterbleibt die Anklageerhebung.

Strafverfahren, die wegen einer Straftat aus wirtschaftlicher Not eingeleitet sind, werden eingestellt, wenn nicht eine höhere Strafe als Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zu erwarten und der Täter nicht mit höchstens drei Monaten vorbestraft ist. Strafverfahren wegen politischer Straftaten werden eingestellt, wenn nicht Strafen von mehr als fünf Jahren zu erwarten stehen. Ist eine höhere Strafe zu erwarten, dann wird das Strafverfahren durchgeführt, doch darf keine höhere Strafe verhängt werden, als bei Anwendung der genannten Amnestievorschriften übrigbleiben würde.

Die Straffreiheit gilt in allen Fällen für Straftaten, die vor dem 1. Dezember 1932 begangen wurden. Ob ein Täter unter die Amnestie fällt, entscheiden die Gerichte.

## Papens politische Erbschaft

Die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 liquidiert die unter der Regierung Papens erlassenen politischen Vorschriften. Vier dieser Verordnungen werden außer Kraft gesetzt, aber an ihre Stelle treten neue Vorschriften, durch welche die Beschränkung der politischen Freiheit zum Teil in geänderter Form, aufrechterhalten wird.

Aufgehoben wird die Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni. Sie enthält empfindliche Eingriffe in das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit. Unter anderem die Verpflichtung der Zeitungen und die Befugnis, Zeitungen und Zeitschriften auf eine gewisse Dauer zu verbieten. Die zweite Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni, die nun aufgehoben wird, betrifft die Zulässigkeit des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel und von Parteiuniformen.

Die Verordnung gegen politischen Terror vom 9. August ist durch die Welle furchtbarer Terrorakte veranlaßt worden, welche von den Nazis im Anschluß an die Reichstagswahl vom 31. Juli ausgelöst wurde. Die in der Verordnung angedrohten drakonischen Zuchthausstrafen wurden dann meist wegen verhältnismäßig harmloser Vergehen verhängt, während die Verbrechen der Nazis auffällig milde beurteilt wurden. Diese Verordnung ist aufgehoben. Die Tätigkeit der durch sie eingesetzten Sondergerichte endet am 21. Dezember.

Die vierte der aufgehobenen Verordnungen betrifft den § 2 der Verordnung vom 2. November, durch welche Versammlungen unter freiem Himmel auch in festumfriedeten Anlagen bis zum 19. November 1932 verboten sind. Die Geltungsdauer dieser Verordnung ist später bis zum 2. Januar 1933 verlängert worden; nun ist sie um einige Tage abgekürzt.

An Stelle dieser aufgehobenen Verordnungen sind neue Bestimmungen getreten. Hiernach ist die Polizei befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. Weitere Bestimmungen dieses Abschnitts betreffen das Verfahren bei der Auflösung von Vereinen, die hochverräterische Zwecke verfolgen. Der folgende Abschnitt behandelt periodische Druckschriften. Tageszeitungen können bis vier Wochen, andere bis zu sechs Monaten verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit auf Grund der Strafvorschriften für Hoch- oder Landesverrat begründet ist.

Das Gesetz zum Schutz der Republik vom 25. März 1930, das bis zum 31. Dezember 1932 befristet war, ist mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung, also am 20. Dezember außer Kraft gesetzt. Die Verordnung übernimmt jedoch einige seiner Bestimmungen als dauernde in das Strafgesetzbuch. Dazu gehört ein neuer § 49b, der die Teilnahme an einer Verbindung oder Verabredung, die Verbrechen wider das Leben bezweckt, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedroht. Der § 94 des Strafgesetzbuchs enthält nun einen Schutz des Reichspräsidenten gegen Gewalttätigkeiten und gegen Beschimpfung und Verleumdung. Ein neuer § 134a lautet: „Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.“

Das Gesetz über den Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 war derart befristet, daß es zugleich mit dem Gesetz zum Schutz der Republik außer Kraft tritt. Die neue Verordnung verlängert nur den § 3, der mit Gefängnis nicht unter drei Monaten den bedroht, der „gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist“.

Die Überleitungsvorschriften bestimmen u. a., daß die Strafe nicht vollstreckt werden darf, wenn einer wegen einer Tat verurteilt wurde, die nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung nicht mehr strafbar ist. Es ist anzunehmen, daß derartige Verurteilungen auch ohnehin von der Amnestie erfaßt werden.

Die Verordnung vom 19. Dezember beseitigt wesentliche Beschränkungen des Versammlungsrecht und der Preßfreiheit, ohne aber die Freiheiten wiederherzustellen, die in der Verfassung gewährleistet sind. Ein Fortschritt gegenüber dem Regime Papens ist immerhin festzustellen, aber es kommt nicht nur auf den Wortlaut geltender Gesetzesbestimmungen an, sondern mehr noch auf ihre Handhabung. Die in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen rechtfertigen eine gute Dosis Mißtrauen.

## Eduard Bernstein

Am 18. Dezember 1932 ist Eduard Bernstein gestorben, kurz vor Vollendung seines 83. Lebensjahres. Er war eine der letzten überlebenden Führergestalten aus der Heroenzeit der deutschen Arbeiterbewegung. Bernsteins Name ist unzertrennbar verknüpft mit der ehrenreichen Geschichte des „Sozialdemokrat“. Als das Sozialistengesetz im Jahre 1878 erlassen wurde, alle Organisationen der Arbeiter, auch die Gewerkschaften, aufgelöst, die sozialdemokratische Presse unterdrückt wurde, da rief die Partei im Ausland eine Wochenschrift ins Leben, die auf die preußisch-deutsche Zensur keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

In Zürich erschien der „Sozialdemokrat“, dessen erster Redakteur Georg v. Vollmar war, seit 1881 unter der Redaktion von Eduard Bernstein. Er hat die Leitung des Blattes beibehalten, bis es Ende September 1890 mit dem Fall des Sozialistengesetzes sein Erscheinen einstellte. Der „Sozialdemokrat“ war in Deutschland verboten, aber er wurde, oft unter romantischen Umständen, ins Reich geschmuggelt und seiner großen Leserschaft zugestellt. Im Zorn darüber, daß er dem verhaßten Blatt nicht beikommen konnte, übte Bismarck einen Druck auf den schweizerischen Bundesrat aus, dem dieser sich beugte. Im Jahre 1888 wurde der Stab des „Sozialdemokrat“, der Redakteur Bernstein, der Geschäftsführer Schlüter und der „rote Postmeister“ Motteler, aus der Schweiz ausgewiesen. Sie gingen nach London und gaben nun den „Sozialdemokrat“ dort heraus. So nachhaltig war der Haß der kaiserlichen Regierung, daß erst im Jahre 1901 der gegen Bernstein erlassene Steckbrief aufgehoben und ihm die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wurde.

Bernstein war eine Gelehrtennatur. Seine Studien der Gesellschaftswissenschaft führten ihn zu Erkenntnissen, die der sozialistischen Betätigung neue Wege wiesen. Im Jahre 1899 veröffentlichte er seine Schrift über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Damit löste er sehr lebhaft Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie aus. Bernstein wurde der Vater des „Revisionismus“. Diese einst mit großer Leidenschaft geführten Kämpfe sind nun längst in den Hintergrund getreten.

Bernstein war bis zum Jahre 1928 Reichstagsabgeordneter. Er war ein sehr fruchtbarer Schriftsteller, der zahlreiche Bücher geschrieben hat. Der Gewerkschaftsbewegung hat er stets große Bedeutung beigegeben und ihre Entwicklung mit Anteilnahme verfolgt. Seine Geschichte des Schneider-Verbandes ist dafür ein sichtbares Zeichen. Bernsteins Name hat nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der wissenschaftlichen Welt, weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen guten Klang. Er war ein Kämpfer für den Sozialismus, der rücksichtslos seines Geistes Schwert zu führen wußte, dabei aber blieb er persönlich der liebenswürdige Mensch, dem auch der Gegner die Achtung nicht versagte. Eduard Bernstein hat sich durch sein Wirken ein unvergängliches Denkmal gesetzt; sein Name wird fortleben als der Besten einer in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.

## Freiwilliger Arbeitsdienst auch für Mädchen

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) weist in einem Erlaß seine Bezirkskommissare darauf hin, daß für den FAD auch Mädchen in Betracht kommen. Wie bei den Männern müsse auch bei den Frauen darauf gesehen werden, daß im FAD ernste Arbeit geleistet werde. Hauswirtschaftliche oder landwirtschaftliche Schulung als Hauptergebnis genüge nicht, denn der FAD sei keine Bildungsmaßnahme. Ebenso wenig könne man sich damit zufrieden geben, daß die Arbeit sich in der Deckung des Eigenbedarfs der Frauengruppe an Ernährung, Kleidung und Unterkunft erschöpfe, denn es fehle dann der überpersönliche Nutzen für die Gesamtheit. Als Arbeiten für Mädchen im FAD kämen nach dem gegenwärtigen Stand der Erfahrung Dienstleistungen für Hilfsbedürftige als der besondere Inhalt des Arbeits-

dienstes der Frau“ in Betracht. Dabei handele es sich vor allem um das Erhalten und Pflegen von Sachgütern, das Umwandeln alter Gegenstände für neuen Gebrauch und um hauswirtschaftliche Leistungen für Dienstwillige und Notleidende.

Diese Pläne werden an Beispielen für die Praxis erläutert: 1. Wäsche- und Kleiderpflege für männliche Arbeitslager; 2. Küchendienst für offene Arbeitslager; 3. Bewirtschaftung ungenutzter Ländereien bei gemeinnütziger Verwertung des Ertrages; 4. Schaffung von Kleingartenland; 5. Dienstgruppe bei der Siedlungshelferin; 6. Werkstattarbeit für die Winterhilfe.

Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für FAD, an anderer Stelle sind jetzt bereits mehr als ¼ Million Personen im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt. Wieviel davon Frauen sind, ist nicht bekannt, aber wahrscheinlich handelt es sich um einige tausend.

## 100 Millionen Arbeitslose

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Dr. Butler, hielt unlängst in Prag einen Vortrag über die sozialen Gesichtspunkte der Weltkrise. Er wies darin die von den Unternehmern und ihren gutbezahlten Söldlingen immer wieder aufgestellte Behauptung zurück, daß die „hohen Lasten der Sozialversicherung“ einer der Gründe der internationalen Wirtschaftskrise seien. Die Hauptursache der Weltkrise sei das Gegeneinanderarbeiten der Völker in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Sie könne nur durch Wiederherstellung des Vertrauens in der ganzen Welt beseitigt werden. Voraussetzung hierfür sei Stabilität in der Politik, im Handel und in der Währung in allen weltwirtschaftlich wichtigen Ländern. Butler schätzt die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt auf etwa 100 Millionen.

Diese Zahl ist die denkbar schwerste Anklage gegen die kapitalistische Mißwirtschaft. Ein Wirtschaftssystem, das so große Menschenmassen zum Nichtstun verurteilt, ist reif zum Untergang und muß mit allen Kräften bekämpft werden. Dieser Kampf wird am erfolgreichsten von den Gewerkschaften geführt. Ihr Ziel ist eine Wirtschaftsordnung, in der alle Menschen arbeiten und ein menschliches Leben führen können. Wer das gleiche will — wer von den Arbeitern und Arbeiterinnen möchte das nicht?! —, der schließe sich seiner Berufsorganisation an und werbe ständig neue Mitstreiter.

## Verteuerung der Margarine

Bei der Bildung des Kabinetts Schleicher wurden, wie der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede mitteilte, der seitherige Wirtschaftsminister und der Ernährungsminister von ihm in ein Konklave gesperrt mit dem Erfolg, daß sie ihre entgegengesetzten Anschauungen über die Bedürfnisse der Wirtschaft auf einer Mittellinie einigten und beide in das neue Kabinett übernommen werden konnten.

Über diese Mittellinie hat man Näheres noch nicht gehört, aber was von den Plänen über die Margarinewirtschaft bekannt geworden ist, läßt darauf schließen, daß die Einigung der beiden Minister erfolgt ist auf Kosten der Arbeiter. Im Kabinett Papen war beabsichtigt gewesen, eine Verteuerung der Margarine durch Erhöhung der Steuer oder durch erhöhte Zölle auf die Rohstoffe herbeizuführen. Dieser Plan ist fallengelassen worden, aber dafür soll ein Beimischungszwang eingeführt werden. Die Margarinefabrikanten sollen verpflichtet werden, ihrem Erzeugnis eine gewisse Menge Butter beizumischen. Damit will man, der Landwirtschaft zuliebe, den Butterabsatz heben und zugleich den Preis steigern. Erreichen wird man damit eine Steigerung des Margarinepreises. Damit wird dem Arbeiter, der sich keine Butter mehr leisten kann, auch die Margarine vom Brot genommen.

Das Ernährungsministerium hat für die Ernährung des Volkes nur geringes Interesse. Viel wichtiger ist es ihm, den Landwirten gute Preise für ihre Erzeugnisse zu schaffen. Das soll ihm nicht verübelt werden, aber man soll in der Regierung endlich begreifen, daß die Stärkung der Kaufkraft der Massen das beste Mittel ist, den Absatz von Erzeugnissen der Landwirtschaft sowohl wie der Industrie zu fördern.



# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilungen des Vorstandes

### Neuer Lehrgang an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf

Im Mai 1933 beginnt an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf ein neuer Lehrgang. Verbandsmitglieder, die sich die Fähigkeiten und die Ausdauer zutrauen, mit Erfolg an dem zehnmönatigen Tageskursus teilzunehmen, können sich unter Beifügung: 1. eines handschriftlichen Lebenslaufes, 2. eines Gutachtens der Ortsverwaltung und 3. einer Probearbeit beim Vorstand bewerben. Berücksichtigt werden können nur solche Bewerbungen, die spätestens am 20. Januar 1933 in unseren Händen sind.

Voraussetzung für die Teilnahme ist in der Regel die erfolgreiche Beteiligung an dem von der Schulleitung eingerichteten Fernunterricht. Der Lebenslauf soll neben den Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Bewerbers und über den Bildungsgang auch Mitteilungen enthalten über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, besonders in unserem Verband, da nur solche Bewerber berücksichtigt werden können, die sich an der praktischen Verbandsarbeit beteiligen und über Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung verfügen. Die Auswahl der Schüler erfolgt nach den Vorschlägen des Vorstandes durch den Bildungsausschuß des ADGB, gemeinsam mit der Schulleitung. Für die Probearbeit geben wir

nachstehend drei verschiedene Themen mit kurzen Erläuterungen:

1. „Mein Betrieb.“ Einrichtung und Organisation des Betriebes. — Produktionsgang und Arbeitsweise. — Beschreibung der persönlichen Tätigkeit. — Das Verhältnis zur Arbeit und zum Betrieb. — Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes. — Die im Betrieb angewandten Lohnformen. — Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Maßnahmen.

2. „Was ist in der Arbeitslosenversorgung reformbedürftig?“ Soll die Dreiteilung in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege aufrechterhalten werden? — Welche Grundsätze sollen für die Berechnung der Unterstützungen maßgebend sein? — Wie kann die Arbeitslosenunterstützung produktiv gestaltet werden?

3. „Wie muß die Werbetätigkeit der Gewerkschaften gestaltet werden?“ (Es ist auf Grund persönlicher Beobachtungen und Erfahrungen zu berichten.) Ist Werbearbeit der Gewerkschaften notwendig? — In welchen Formen und mit welchen Mitteln muß sie sich vollziehen? — Welche Werbemittel versprechen den größten Erfolg? — Welchen Argumenten begegnet man (örtlich oder im Betriebe) bei der Werbetätigkeit? Die Auswahl unter diesen Themen steht den Bewerbern frei.

Der Vorstandsvorsitzende.

## Eine merkwürdige Kundgebung

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes liebt es, die Welt über seine Pläne und Absichten auf dem Gebiete der Tarifpolitik im Dunkeln zu lassen. Diese aus taktischen Gründen geübte Zurückhaltung will aber wenig besagen; die Taten des Unternehmerverbandes sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie einer Erläuterung durch Worte kaum bedürfen.

Um so überraschender wirkt es, daß er nun plötzlich aus seiner Zurückhaltung hervortritt und in seinem Organ, der „Holzindustrie“ vom 17. Dezember, eine amtliche Kundgebung veröffentlicht, die wir nachstehend in vollem Wortlaut wiedergeben:

„Die Arbeiterschaft des Holzgewerbes zur Tarifpolitik.“

In verschiedenen Tageszeitungen und Fachzeitschriften erschien in diesen Tagen eine Notiz mit der Überschrift „Los vom Tarifvertrag“. Diese Notiz ist offenbar von Seiten des Holzarbeiter-Verbandes in die Presse lanciert mit der Absicht, die Dinge so darzustellen, als wenn die Arbeiterschaft des Holzgewerbes, insbesondere die im Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes e. V. zusammengeschlossenen Gruppen, sich grundsätzlich tariffeindlich einstellten.

Das ist völlig unzutreffend.

Gerade im Holzgewerbe hat die organisierte Arbeiterschaft durch jahrzehntelange tarifpolitische Arbeit bewiesen, daß der Wille zur Verständigung über Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Boden des Tarifvertrages durchaus vorhanden ist. Es sei hier nur an die Entwicklung der Tarifverträge in der Vor- und Nachkriegszeit erinnert.

Daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes nach wie vor sich grundsätzlich auf den Boden einer tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stellt, konnte erst wieder in der Sitzung des Gesamtausschusses am 11. November d. J., als die Frage der Vertragspolitik Gegenstand der Erörterung war, in völliger Übereinstimmung mit den Vertretern der Landes- und Bezirksverbände festgestellt werden. Voraussetzung für eine Verständigung der Vertragsparteien ist jedoch, daß auch der Holzarbeiter-Verband sich in seiner Tarifpolitik auf die wirtschaftliche Notlage der Holzindustrie einstellt. Bisher ist das noch nicht geschehen. (Beweis: die Tarifverhandlungen

1930/31.) Sobald der Holzarbeiter-Verband einsichtsvoll auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Branche eingeht, werden auch die Verhandlungen über Erneuerung der Tarifverträge im Holzgewerbe mit Aussicht auf Erfolg und zum Nutzen beider Parteien geführt werden können.

Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes e. V.

Unsere Antwort auf diese Kundgebung ist in dem Leitartikel dieser Nummer enthalten, der bereits gesetzt war, als uns die „Holzindustrie“ mit dem wiedergegebenen Aufsatz zuzug. Wir wollen aber doch die Kundgebung einer näheren Betrachtung unterziehen.

Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb sich der Arbeitgeberverband auf eine unkontrollierbare Notiz bezieht, die angeblich in Tageszeitungen und Fachzeitschriften gestanden hat. Das Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist die „Holzarbeiter-Zeitung“, die man ruhig als Grundlage für eine gegen den Verband gerichtete Polemik verwenden darf. Wir nehmen aber gebührend Notiz, daß die auch in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vertretene Auffassung, wonach sich der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes grundsätzlich tariffeindlich einstelle, vom Arbeitgeberverband als völlig unzutreffend bezeichnet wird. Allerdings gründet sich unsere Auffassung auf Tatsachen, die auch durch die Worte des Arbeitgeberverbandes nicht erschüttert wird.

Die Berufung auf die jahrzehntelange tarifpolitische Arbeit der organisierten Arbeiterschaft im Holzgewerbe geht fehl. Gewiß hat der Tarifvertrag im Holzgewerbe eine lange Geschichte, aber sie ist für den Arbeitgeberverband nicht sehr rühmlich. Es hat eine Zeit gegeben, in der wir den ehrlichen Vertragswillen bei der Führung der Unternehmerorganisation anerkennen konnten. Aber diese Zeit ist dahin. Es kamen andere Männer, und die Zeiten haben sich geändert. Als in der Wirtschaftskrise der Tarifvertrag seinen Wert auch für die Arbeiter beweisen sollte, da schied die Führung des Arbeitgeberverbandes nicht mehr an die Tariffreundschaft ihrer Vorgänger: sie sahen nur die Gelegenheit, die Arbeiterschaft des Holz-

gewerbes zu schikanieren, und sie haben diese Gelegenheit weidlich ausgenutzt.

Die Tariffreundlichkeit des Arbeitgeberverbandes sei erst wieder in der Sitzung seines Gesamtausschusses am 11. November festgestellt worden. Das ist sehr interessant. Seit dem 11. November sind doch schon einige Wochen vergangen, aber der Arbeitgeberverband hat diese doch nicht ganz unwichtige Feststellung bisher sorgfältig der Öffentlichkeit vorenthalten. Wir haben die Beschlüsse des Gesamtausschusses nur aus ihrer Wirkung kennengelernt, nämlich der Kündigung der noch bestehenden Verträge. Aufschlußreich war der Wortlaut, mit welchem der Vorsitzende des sächsischen Arbeitgeberverbandes, der zugleich Zentralvorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, den Tarifvertrag für den Freistaat Sachsen kündigte. Er erklärt dort:

„Bezüglich der Verpflichtung, spätestens vier Wochen nach der Kündigung Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages aufzunehmen, können wir Ihnen zur Zeit noch keine Mitteilung machen, da die Stellungnahme der anderen Arbeitgeberverbände der Holzindustrie und des Holzgewerbes uns bisher noch nicht bekannt ist.“

Diese Worte des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes lassen nicht darauf schließen, daß man sich im Gesamtausschuß für die Erhaltung der tarifvertraglichen Regelung ausgesprochen hätte. Überdies sind ja auch die vier Wochen verstrichen, binnen deren nach der Vorschrift des Vertrages die Verhandlungen über dessen Erneuerung aufgenommen werden müssen. Daß der Arbeitgeberverband diese Frist verstreichend ließ, ohne seine Forderungen zu benennen, ist für die Beurteilung seiner Tariffreundlichkeit wichtiger, als seine papierne Beteuerung.

Aber die Tariffreundlichkeit des Arbeitgeberverbandes ist wie er selbst sagt, bedingt. Er macht sie davon abhängig, „daß auch der Holzarbeiter-Verband sich in seiner Tarifpolitik auf die wirtschaftliche Notlage der Holzindustrie einstellt“. Zur Erläuterung beruft er sich auf die Tarifverhandlungen 1930/31.

Sollte damit die Sabotage des Lohnamtes im Jahre 1930 angedeutet sein? Aber es war doch der Arbeitgeberverband, der damals den Streit um den unparteiischen Vorsitzenden vom Zaune brach, um die Arbeit des Lohnamtes zu verhindern. Und als dann das Lohnamt dank dem Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums doch in Funktion trat, lehnte der Arbeitgeberverband die Entscheidung ab, so daß der von den Unternehmern erherrte tariflose Zustand zunächst hinsichtlich des Lohnes am 1. August eintrat.

Dann hat der Arbeitgeberverband zu Beginn des Jahres 1931 die allgemeine Aussperrung angeordnet, um die von ihm diktatorisch verfügte Lohnsenkung durchzuführen. Er wollte auch die Bindung des Mantelvertrages los sein, und seine Vertreter haben es, um das zu erreichen, auf sich genommen, bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine sehr wenig rühmliche Rolle zu spielen. Es war nicht die Schuld des Arbeitgeberverbandes, daß der von ihm erschlagene zentrale Mantelvertrag in den Bezirkstarifverträgen wieder auflebte.

Der Arbeitgeberverband sollte sich zum Beweise seiner grundsätzlichen Vertragstreue nicht auf die letzten Jahre des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe berufen. Wir zweifeln sehr, daß ihm die Stellen im Reichsarbeitsministerium, die sich um die Erhaltung des Tarifvertrages bemühten, ein Zeugnis ausstellen könnten, auf das er stolz sein kann.

Wenn der Arbeitgeberverband betont, daß er grundsätzlich auf dem Boden des Tarifvertrages stehe, dann muß man diese Erklärung mit dem berühmten „wie ich es auffasse“ ergänzen. Er ist für einen Tarifvertrag, dessen Bestimmungen er diktiert. Damit ist kein Geschäft zu machen.

Wir wiederholen auch an dieser Stelle, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband jederzeit bereit ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Wir lehnen es aber ab, die Holzarbeiter auf Hungerlöhne zu binden und ein Diktat der Unternehmer für die Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Wir sind für Tarifverträge, aber nicht für Tarifverträge um jeden Preis.

## Aussperrung in Halle beendet

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 8. Dezember haben, wie berichtet, mit einer Vertagung bis zum 30. Dezember geendet. Auf Wunsch der Unternehmer wurden aber die Parteien bereits zum 17. Dezember wieder geladen. Nach langen Verhandlungen wurde der Vorsitzende ermächtigt, einen bindenden Spruch zu fällen. Dieser setzt den Spitzenlohn von 86 auf 84 Pf., ab 1. März 1933 auf 83 Pf. herab. (Die Unternehmer hatten einen Abbau auf 78 Pf. diktiert.) Diese Regelung ist zum 31. Mai kündbar. Bis zu dem gleichen Termin gelten auch die für die Lohnberechnung maßgebenden Bestimmungen des Mantelvertrages, sofern dieser nicht vorher verlängert oder durch einen neuen ersetzt ist. Damit ist die Aussperrung beendet; die Arbeit soll tunlichst bis zum 22. Dezember wiederaufgenommen werden.

## Abschlüsse in Nordbayern

Für die Bleistift- und Pinselindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, durch welche der Bezirkstarifvertrag unverändert verlängert wird, er gilt nun bis zum 31. März 1934. Die für 1932 getroffene Ferienregelung gilt auch für das Jahr 1933. Die seitherige Lohnvereinbarung mit einem Spitzenlohn von 73 Pf. bleibt in Kraft. Sie ist mit einmonatiger Frist zum Schluß jedes Monats kündbar.

Eine ähnliche Vereinbarung wurde hinsichtlich des Tarifvertrages für die Kammer-, Knopf-, Horn- usw. Industrie getroffen. Auch dieser Vertrag wurde bis 31. März 1934 mit der Maßgabe verlängert, daß die für 1932 getroffene Ferienregelung für das Jahr 1933 gilt. Das mit Geltung bis 29. Juli 1933 getroffene Lohnabkommen sieht vor, daß der Lohn an der Spitze, der bisher 76 Pf. beträgt, ab 6. Februar 1933 auf 74 Pf. festgesetzt wird.

## Gottfried Kinkel gestorben

Aus Göppingen wird uns geschrieben: Am 11. November ist unser alter und verdienstvoller Kollege Gottfried Kinkel nach längerem Leiden gestorben. Mit ihm, der ein Alter von 61 Jahren erreichte, ist ein Kollege dahingegangen, der sein ganzes Leben und seine ganze Kraft für die Arbeiterschaft, für die Unterdrückten und Ausgebeuteten einsetzte. Gottfried Kinkel war der letzte Überlebende aus der kleinen Schar der Kollegen, die sich im Jahre 1889 zusammenfanden, um hier eine Zahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes zu gründen. Er hat dem Verband unvergeßliche Dienste geleistet. Im öffentlichen Leben hat Kinkel eine große Rolle gespielt, jahrzehntelang hat er dem Stadtrat in Göppingen wie auch dem Württembergischen Landtag als sozialdemokratischer Abgeordneter angehört. Er war eine Führer- und Kampfnatur, ein Volksredner, zu dem die Arbeiterschaft mit Vertrauen aufblickte. Nun hat er die Augen für immer geschlossen, sein breiter Mund, der in unzähligen Versammlungen zu den Volksmassen sprach, ist für immer verstummt. Bei der unter überaus zahlreicher Beteiligung veranstalteten Leichenfeier brachten uns die vielen Nachrufe recht deutlich zum Bewußtsein, was wir an Kinkel verloren haben. Wir ehren sein Andenken am besten, wenn wir in seinem Sinne weiterkämpfen.

C. L.

Mit Gottfried Kinkel  
ist auch 53. Wofaunbauung fällig



# Holzindustrie



## Rund um die Holzollerhöhung

Mit dem Sturz der Papen-Regierung scheinen auch die Holzeinfuhrkontingentspläne in die Versenkung verschwunden zu sein. Darüber sind die Waldbesitzer begreiflicherweise sehr ungehalten, zumal ihnen „der Sieg zum Greifen nahe war“. Die Notverordnung über die Holzkontingente war bereits fix und fertig, nun liegt sie neben ähnlichen Schriftstücken in der Schublade irgendeines Ministerialbeamten des Reichsernährungsministeriums, wie sich jene Regierungsstelle zu Unrecht nennt.

Die Kontingentspläne sind — das darf man wohl sagen — endgültig erledigt, um so lauter ist wieder von der Zollerhöhung die Rede. In seiner Programmrede hat der Reichskanzler von Schleicher unter anderem davon gesprochen, daß die Land- und Forstwirtschaft vor der erdrückenden Auslandskonkurrenz geschützt werden müsse; das sei eine der vordringlichsten Aufgaben seiner Regierung. Im Augenblick ist mit der Holzollerhöhung freilich nicht viel anzufangen, da die dabei im Wege stehenden handelsvertraglichen Bindungen erst am 15. Februar 1933 wegfallen. Nur für Papierholz können sofort Zollerhöhungen durchgeführt werden, und das soll auch in den nächsten Tagen bereits geschehen; vielleicht ist von der Seite her die deutsche Forstwirtschaft schon „gerettet“, wenn diese Zeilen gedruckt sind. Für Rund- und Schnittholz folgen die Zollerhöhungen im Februar. Die Reichsregierung handelt dann nicht nur im Auftrage der Waldbesitzer, sondern auch im Sinne der Unternehmerverbände der deutschen Sägewerksindustrie. Auf diesen Erfolg können die Männer mit dem grünen Hut wirklich stolz sein. Just in dem Augenblick, in dem alle Kenner der Verhältnisse mit einer steigenden Holznachfrage rechnen, treten die Sägewerksunternehmer noch für höhere Holzölle ein. Eine Zeilang können sie von der Einfuhrerschwerung einen gewissen Nutzen haben, dem das dicke Ende aber folgen wird.

Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände der Sägewerksindustrie (Reichsverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten) hat in ihrer Jahresversammlung am 8. Dezember einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage von Waldbesitz, Sägewerksindustrie und Holzhandel sowie mit Rücksicht darauf, daß die Zollmaßnahmen, auch nach Mitteilung der Reichsregierung, nur vorübergehenden Charakter haben sollen, ist die Mitgliederversammlung mit einer Zollerhöhung an sich einverstanden. Hierbei wird die Forderung vertreten, daß die dünneren Bretter bis einschließlich 15 Millimeter mit einem höheren Zoll belastet werden sollen als die stärkeren.“

Zu ganz der gleichen Entscheidung ist der Verein ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke in seiner Hauptversammlung in Berlin gekommen. Dieser Unternehmerverband gehört der Spitzenorganisation nicht an, obwohl er der größte und bedeutendste der Branche ist, beide arbeiten aber in wichtigen Fragen Hand in Hand. Der Geschäftsführer der „Ostdeutschen“, Dr. Wegelt, hat nach dem „Holzmarkt“ zur Zollfrage unter anderem folgendes ausgeführt:

„Für den Verein ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke ist es sehr schwer, in der Zollfrage eine einheitliche Stellung einzunehmen und auch eine Stellungnahme auf lange Sicht festzusetzen. Die Stellung mußte eine andere sein zu der Zeit, als Deutschland ein sehr großer Holzverbraucher war und es gar nicht möglich war, Deutschland aus den heimischen Forsten auch nur annähernd zu versorgen, als sie sich heute für uns ergibt. Die Stellung wird eines schönen Tages wieder anders sein, wenn der Verbrauchsmarkt wieder einen größeren Import verlangt. Und darum ist grund-

legend festzustellen, daß der Ostdeutsche Verein darauf bestehen muß, daß jede Zollmaßnahme, die eventuell gegenwärtig ergriffen wird, dann wieder verschwindet, wenn die Verhältnisse sich anders gestalten und wieder eine Mehreinfuhr am deutschen Holzmarkt sich als notwendig erweist... So viel kann aber gesagt werden, daß, solange die schlechte Absatzlage für Holz andauert, wir den Standpunkt vertreten, daß vor allen Dingen die Bauware aus deutschem Holz gefertigt werden sollte, und daß die Einfuhr in Bauware auch nötigenfalls durch entsprechende Zollmaßnahmen eingeeengt werden kann... Wir sind der Ansicht, daß eine maßvolle Erhöhung der Zölle wohl auch von denjenigen Firmen unseres Vereins, deren Interessen mehr auf dem Import liegen, unterstützt und verstanden werden könnte, vorausgesetzt, daß sie eben, wenn es die Marktlage eines schönen Tages erfordert, wieder geändert wird und sie sich nicht so hoch stellt, daß daraufhin sich wiederum ungesunde Verhältnisse am hiesigen Rundholzmarkt anbahnen können.“

Die Sägewerksunternehmer aller Verbände sind also mit einer Erhöhung der Holzölle einverstanden. Sie soll aber „maßvoll“ sein und einen „vorübergehenden Charakter“ haben. Ob die Reichsregierung diese Wünsche berücksichtigen wird, muß abgewartet werden. Die Waldbesitzer aber lehnen sie rundweg ab; sie sind mit dem so freundlich dargereichten kleinen Finger nicht zufrieden, sie verlangen die ganze Hand. „Die Festsetzung einer kurzen Geltungsdauer für die Zölle ist als unsachlich entschieden abzulehnen“, schreibt der „Deutsche Forstwirt“. Er macht nur das Zugeständnis, daß „bei einer Besserung der Verhältnisse innerhalb des deutschen Holzverbrauchs eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen ohne weiteres vorgenommen werden kann“. Wie dieses Entgegenkommen zu bewerten ist, zeigt am besten die Tatsache, daß die Waldbesitzer selbst in dem Holzrekordjahr 1928 auf die Durchführung ihrer wahnwitzigen Zollforderungen bestanden haben. Die „Besserung der Verhältnisse innerhalb des Holzverbrauchs“ wird, davon gehen die Waldbesitzer bei ihrem Zugeständnis aus, nie eintreten, infolgedessen werden die demnächst durchgeführten Zollerhöhungen keinen „vorübergehenden“, sondern einen dauernden Charakter haben. Das ist der Wunsch der Waldbesitzer, und wir befürchten, daß diese bei den Regierungen der nächsten Zeit mehr Gehör finden als die Sägewerksbesitzer. Daran hätten diese bei ihren wichtigen Entscheidungen über die Holzölle denken sollen.

Im Gegensatz zu den Sägewerksunternehmern hat der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie (Fachgruppe holzverarbeitende Industrie im Reichsverband der deutschen Industrie) sich gegen die geplanten Zollerhöhungen und sonstigen Einfuhrerschwerungen ausgesprochen. In einer am 13. Dezember veröffentlichten Entschliebung dieses Unternehmerverbandes heißt es:

„Wir haben mit stärkster Beunruhigung davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung entsprechend den Wünschen der Forstwirtschaft den Gedanken einer weiteren Erschwerung der Holzeinfuhr weiterverfolgt. Angesichts der überaus schlechten Lage der holzverarbeitenden Industrie müßte die dadurch eintretende Verteuerung und Verknappung unentbehrlicher Auslandsrohstoffe zu einer weiteren Erschwerung des Absatzes für Holzzeugnisse auf den In- und Auslandsmärkten führen und dem Ausland einen Anreiz zu einer verstärkten Einfuhr fertiger Holzzeugnisse nach Deutschland geben. Die weit stärker als der inländische Bedarfsrückgang geschrumpfte Holzeinfuhr, die z. B. ohne Papierholz um 84 Prozent geringer ist als 1928, beweist, daß es sich bei den noch zur

Einfuhr gelangenden geringen Holz mengen um solche Holzarten oder Holzqualitäten handelt, die im Inland überhaupt nicht oder nicht in genügenden Mengen wachsen oder deren Einfuhr standortmäßig bedingt ist. Diese Einfuhr bedeutet für die deutsche Forstwirtschaft keine Gefahr und kann von ihr auch nicht ersetzt werden. Die Einfuhr von schwachem Nadelrundholz, wie es der deutsche Wald in ausreichenden Mengen hervorbringt, und von rundem, beschlagenem und gesägtem Laubholz ist bereits durch erhebliche Zollerhöhungen erschwert worden. Bei dieser Sachlage könnten weitere Einfuhrerschwerungen durch Zoll- oder Kontingentierungsmaßnahmen der deutschen Forstwirtschaft keinerlei Vorteile bringen. Sollten sie trotz der dringendsten Warnungen der holzverarbeitenden Industrie trotzdem erfolgen, so muß erwartet werden, daß die Holzarten, die mangels einheimischer Bestände unter allen Umständen zur Einfuhr gelangen müssen, nicht betroffen werden und daß den in den Grenzgebieten ansässigen Betrieben, die standortmäßig auf ausländisches Holz nicht verzichten können, die Versorgung aus deutschen Holzüberschußgebieten durch Ausnahmetarife ermöglicht wird.“

## Naziblödsinn

Im „Völkischen Beobachter“ vom 18./19. Dezember 1932 steht folgende wörtlich wiedergegebene Notiz:

### 99prozentige Arbeitslosigkeit auf dem Holzmarkt!

Im Juli bezifferte sich die Zahl der Arbeitsuchenden auf dem Holzmarkt auf 28 116 (99,9 Prozent!). Im Saisonmonat September betrug sie immer noch 26 551, d. h. nur 33 Prozent haben vor Wintereinzbruch eine Anstellung gefunden.

Vielleicht wundern sich unsere Leser über diese Notiz nicht mehr, wenn wir ihnen verraten, daß der „Völkische Beobachter“ das Leibblatt Adolf Hitlers ist. Ja, viele von ihnen werden nun wahrscheinlich vermuten, daß die Notiz von dem großen Adolf selbst geschrieben ist, denn sie ist nämlich genau so blöde wie die öffentlich bekannten Stilübungen des „Führers“. Wie dem aber auch sei: Soviel Unsinn, wie in diesen neun Zeilen des Naziblattes zusammengeschwafelt ist, bekommt man auf dem gleichen Raum außerhalb der Nazi-bewegung selten zu Gesicht. 28 116 Arbeit-suchende sollen 99,9 Prozent der deutschen Holzarbeiter sein! Dann sind 26 551 wieder nur 33 Prozent! Aus dieser Rechnerlei werden auch die Schlauesten unter den Nazis nicht klug werden. Aber der Dümme wird merken, daß das Ganze nichts weiter ist als ein bisher nicht erreichter und niemals übertreffbarer Blödsinn.

## Neue Erhöhung der Weidenzölle

Zum zweiten Male in diesem Jahr sind jetzt die deutschen Weidenzölle erhöht worden. Erstmals geschah dies mit der Verordnung vom 14. Juni und jetzt mit der Verordnung vom 14. Dezember. Ob die nächste Erhöhung wieder genau ein halbes Jahr später erfolgen wird, zieht sich unserer Kenntnis. Die letzte wird die vom 14. Dezember aber sehr wahrscheinlich nicht sein, denn sie bleibt hinter der Forderung der Weidenbauer noch ein großes Stück zurück, und diese werden so lange schreien, bis die Reichsregierung ihnen völlig zu Willen ist, was eines Tages wohl auch der Fall sein wird. Denn jene Kreise, die heute in Deutschland am Ruder sind, sehen nur die Not der Weidenbauer und ähnlicher Schichten, während sie die Not der Korbwarenindustrie und anderer schwer notleidender Gewerbe kühl läßt.

Bis im Juni 1932 betrug der Einfuhrzoll für ungeschälte Korbweiden und Reifensstäbe 55 Pf., er wurde dann auf 1,25 Mk. erhöht. Für geschälte Weiden und Reifensstäbe erfolgte eine Erhöhung von 3 auf 6 Mk., immer je Doppelzentner. Jetzt wird zwischen „gekürzten Weidenruten, nicht

unter 10 Millimeter am schwächeren Ende stark (Weidenstöcke)“, und „anderen Korbweiden“ unterschieden. Der Zollsatz von 1,25 Mk. gilt künftig nur für ungeschälte Weidenruten nicht unter 10 Millimeter am schwächeren Ende, für andere Korbweiden beträgt er 1,60 Mk. Für geschälte, gehobelte, gefärbte, gebeizte oder gefirnigte Korbweiden unter 10 Millimeter wird der Zoll um 2 auf 8 Mk. erhöht; für die stärkeren Ruten bleibt es bei 6 Mk. Der Zollsatz für ungeschälte Reifensstäbe wird von 1,25 Mk. auf 1,60 Mk. und für geschälte von 6 auf 8 Mk. erhöht.

## Rößler & Weißenberger AG.

Die Rößler u. Weißenberger AG. in Stuttgart-Cannstatt gehört zu den großen Unternehmungen der Holzindustrie. Vor einigen Wochen beschäftigte die Gesellschaft 650 Arbeiter. Inzwischen ist die Belegschaft wieder auf 250 Köpfe gesunken. Hergestellt werden vornehmlich Radiogehäuse. Die Nachfrage danach ist in den Monaten August bis November am stärksten, in dieser Zeit ist der Betrieb dann auch flott beschäftigt. In dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 1931 wird der Warenerlös mit 1,712 Millionen Mark angegeben, dem 1,729 Millionen Mark Geschäftskosten gegenüberstehen. Es verbleibt mithin ein Verlust von rund 17 000 Mk. Die Gesellschaft arbeitet mit 500 000 Mk. Aktienkapital. In dem jetzt zu Ende gehenden Jahr hat sie wahrscheinlich etwas günstiger abgeschnitten als im Vorjahre, denn im ganzen gesehen war der Geschäftsgang nicht ungünstig.

## Ausbau der österreichischen Holzindustrie

In den Berichten der österreichischen Gewerbeinspektorate werden sehr interessante Angaben über den technischen Ausbau der Holzindustrie in den letzten Jahren gemacht. Wir lesen da unter anderem:

In den Sägewerken wurden Hochleistungsgatter verwendet, die für Rücklauf eingerichtet sind. Sie haben den Vorteil, daß Formathölzer, die die Säge mehrmals durchlaufen müssen, einfach im entgegengesetzten Sinne rücklaufend dem zweiten Schnitt unterzogen werden. Einige größere Sägewerke haben ihren Betrieb, angefangen vom Blocktransport bis zur fertigen Schnittware, mit Gleisanlagen, Schiebebühnen, Wendetischen, Blocktransporteuren, Hochleistungsgattern, Saumsägen mit selbsttätigem Bretter- und Spreißelabwurf, Späneabsaugung bei jeder Maschine, auf das modernste eingerichtet. Auch ist es gelungen, bei der Kundschaft eine Normierung gewisser Schnittwaren durchzusetzen. Eine sehr zweckmäßige Schärfmaschine für Gatter- und Kreissägen wurde von dem Feiler eines Sägewerkes zusammengestellt. Sie ist zweiseitig zu bedienen und mit einer Schutzscheibe, einem Vergrößerungsglas sowie mit einem Staubabsauger ausgestattet. Sie ermöglicht nicht nur ein genaues Arbeiten, sondern gewährt auch einen vollkommenen Augen- und Atemschutz.

In den Großbetrieben der Holzindustrie gelangten in der letzten Zeit hochleistungsfähige Zapfenschlitz- und -schneidemaschinen mit Zuführungsschlitten zur Aufstellung, die infolge des Wegfalls der gefährlichen Freihandfräsmaschinen auch unfalltechnisch von besonderer Bedeutung sind. Es handelt sich unter anderem um doppelseitige Zapfenschneidemaschinen, die mit zehn unter verschiedenen Winkeln arbeitenden Kreissägen ausgestattet sind, und um ähnliche Großmaschinen, bei denen mit einer Zuführungsvorrichtung das Arbeitsstück der Reihe nach von einer Kreissäge, einer Hobelvorrichtung, einem Fräser und einer Schlitzscheibe bearbeitet wird. Die letztere Maschine erfordert nur einen Bedienungsmann und vermag in einigen Stunden die Wochenarbeit von sechs bis acht Arbeitern zu ersetzen.



# Unterhaltung und Wissen



## Freitagabend

Da ist er wieder, der Freitag. Der Tag der Lohnzahlung. Der Tag, den man herbeiwünscht — und vor dem man sich fürchtet. Vergangenheit und Zukunft zählen wir nur nach den Lohnzügen. Glückliche sind wir, wenn es endlich wieder Geld gibt.

Das verfluchte Geld! Sie haben uns die Jahre hindurch am Lohn abgebrochen. Wir haben es mal zur Mittagszeit auf der rissigen Holztafel der Feilbank mit Kreide ausgerechnet. Siebenundzwanzig Prozent sind es gewesen. — Siebenundzwanzig Prozent.

Was hätte man dafür alles kaufen können. Kleider und Schuhe und Wäsche. Vielleicht hätte man auch einmal eine kleine Reise machen können. Vielleicht könnte man sich jetzt einen Radioapparat kaufen. Vielleicht auch ein Motorrad.

Davon kann man träumen, das ist so schön und kostet nichts. Nur sagen darf man es niemand. Und dann möchte man auflachen und sich an die Stirn tippen. — Wünsche sind billig wie die Brombeeren.

Noch mehr hat man abgebaut. Wozu macht unsereiner eigentlich noch Akkord? Die Sätze sind ja so unverschämte niedrig. Haha, der Unternehmer hat es gut! Minutenakkord. Die Sätze rutschen immer mit dem Stundenlohn. Wie geschmiert geht das.

Donnerstag früh ist kein Geld mehr im Hause. Uns allen geht es so. Wer hat hier vor dem anderen Geheimnisse? Früh kocht die Frau Haferflocken ohne Milch, weil das Brot noch reichen soll bis zum Freitag und weil kein Geld mehr da ist, um Milch zu kaufen. Als Zukost zu den Mittagstullen gibt es einen billigen Käse, zehn Pfennig kostet er. Er ist genau berechnet worden, damit er für alle Stullen reicht. Freitags muß das Brot eingekerbt werden, wie man es zu Kriegszeiten tat, denn es muß reichen. Als Aufstrich gibt es nur Fett, kein Schinkenfett, nur ganz gewöhnliches Schweinefett. Die Kollegen haben es bissig „Affenfett“ getauft. Wer mag wissen, warum dieser Name ihnen gerade eingefallen ist.

Und dann hoffen so viele Frauen daheim. Und dann hoffen wir im Betrieb: heute gibt es Geld!

Es geht auch den Unverheirateten nicht viel besser. Manche von ihnen, wie auch viele Familienväter, gehen am Freitag mittags aus dem Speisesaal und lügen, sie hätten ihre Stullen schon gegessen. Sie schämen sich vor der Wahrheit. Sie haben kein Brot mehr zu Hause gehabt. Früher hat es das so selten gegeben. Und dann konnte man sich noch gegenseitig aushelfen. Heute aber hat keiner mehr etwas, auch kein Geld mehr am Freitagmittag. Es wiederholen sich die Zeiten der letzten Kriegsjahre. Ein Unterschied ist wohl dabei. Damals gähnten überall leere Schaufenster, heute sind sie prall gefüllt mit den schönsten Dingen. Nur haben wir kein Geld. Wir haben mehrere Kollegen, die fünf, sechs und sieben unmündige Kinder zu Hause haben. Sie hungern am Freitag um der Kinder willen. Bestimmt haben sie auch morgens nichts gegessen. Und die Ledigen? Nun, vielleicht haben sie sich ein billiges Vergnügen gegönnt mit ihren Mädeln. Ein winziges bißchen Glück genossen, das ihnen jetzt so grausam teuer kommt. Die Wirtin will pünktlich ihr Geld haben. Also schieben sie „Kohldampf“. Die Alten klauen die letzten Reste Tabak zusammen, nehmen einen Schluck Gerstenkaffee und gehen hinaus auf den Fabrikhof. Und die Jüngeren zünden ihre Zigarette an, an der sie schon dreimal rauchten, und folgen den älteren Kollegen auf den Hof.

Und dafür arbeitet man Tag um Tag, Woche um Woche...

Der Meister kommt eine halbe Stunde vor Feierabend mit der unförmigen Kassette aus Blech: die Lohnauszahlung beginnt. Endlich! Bald stehen alle vor dem Glaskasten, in dem der Meister haust. Der Menschenhaufen riecht nach Öl und Schweiß. Dazwischen knurrt der Meister, es sollen nicht zuviel am Eingang stehen, wenn der Chef kommt, gäbe es wieder Krach. Der

Meister ruft die Lohnnummern auf und gibt jedem die durchsichtige Lohnzettel. Papierscheine knistern, Kleingeld klimpert. Die Kollegen zählen ihren Lohn nach, Mancher flucht leise.

Die Lohnbuchhaltung kennt uns nur nach Nummern. Als lebten wir im Zuchthaus. Vielleicht leben wir auch im Zuchthaus... Die Sirene kreischt Feierabend. Vor dem Fabriktor warten Frauen mit abgegriffenen Ledertaschen unter dem Arm. Sie warten auf Geld und gehen nun gemeinsam mit dem Mann einkaufen.

Das Schlimmste kommt dann am Abend. Die Stunde, vor der Mann und Frau sich fürchten, wo es so häufig zu Krach und Streit kommt. Ohne daß einer es will.

Der Lohn wird ausgerechnet, eingeteilt in die Bedürfnisse der Woche.

Es hängt Glück am Geld. Und es klebt Unglück daran. Verbrechen und Tod, Tränen und rasende Verzweiflung.

Immer gibt es bei Arbeitsleuten Streit um das bißchen Geld. Niemals langt es für die vorgesehenen Zwecke. Niemals! Man rechnet noch einmal und noch einmal. Nichts! Die Nerven werden im Unglück zermahlen, es fallen Hüben und drüben harte Worte.

Immerdar blüht die Sehnsucht: wenn man mehr Geld hätte.

Die Uhr hackt im Raum, die Kinder schlafen. Auf dem Tisch liegt der zerknüllte Lohnstreifen. Zahlen tanzen vor den Augen, Endsumme; Zwanzig Mark und so und so viel. Und die Abzüge: Lohnsteuer, Krankenkasse, Invalidenversicherung, Erwerbslosenabgabe. Und noch mehr.

Gottverdammich! Mehr als einen vollen Arbeitstag arbeitet man umsonst. Täte man nicht besser, gleich arbeitslos zu sein?

Die Vernunft schiebt den Ärger beiseite. Nein, nein! Nicht arbeitslos. Sie bekommen kaum zehn Mark die Woche. Auflachen, wie sind wir noch reich gegen sie, wir haben mehr als doppelt soviel Geld.

Fein säuberlich hat die Frau die Zahlen aufgesetzt. Die Ausgaben für die kommende Woche. Es reicht wieder nicht. Mindestens fünf Mark müßte man mehr haben. Sieben Mark müssen beiseitegelegt werden für die Miete. Abzahlungsschulden für die Möbel, der Tischler hat schon vorige Woche kein Geld bekommen. Zwei Mark müssen gespart werden für den Winter, für Kohlen und Briketts. Beiträge für Verband, Partei, Zeitung, Volksfürsorge. Schuhe müssen bescholt werden. Der Älteste braucht neue Schuhe, einen neuen Anzug, wenigstens eine Hose. Herrgott, wie der Junge wächst. Man könnte seine Freude daran haben. Er soll

groß und stark werden. Und doch verurteilt man sich bei dem Gedanken, er wachse viel zu schnell bei diesem miserablen Lohn. Die Kleine braucht Unterkleidung, bald kommt der Winter. Und für die Wäsche muß auch etwas zurückgelegt werden. Die Frau hat schon das Waschhaus bestellt und den Waschtrog wieder verschoben, weil kein Geld im Hause war. Ein Elend ist das!

Das ist der Freitag, der Tag der Woche, den man mit Grauen nahen sieht.

Die Frau zieht sich aus, fällt müde ins Bett und weint. Und unter Tränen schläft sie ein. Wie glücklich sind die Kinder. Sie werden größer. Die Rache des Schicksals begleitet sie. Es wird ihnen nichts geschenkt werden. Vielleicht, vielleicht erleben sie einmal bessere Zeiten.

Indessen kümmert unser Geschlecht dahin, wir, die Gezeichneten dieser fürchterlichen Zeit.

Schlimm für den, der dabei vertiert. Arme Menschen, Kameraden! Es gibt ihrer jetzt so viele. Ohne Segel im Meer des wilden Lebens.

Wir sind das Salz des Kommenden. Einst muß er kommen, unser Tag. Frieden dann über der zerrissenen Welt, Lebensmut und Brot für alle, für alle Menschen der Arbeit.

Das läßt uns die Bürde ertragen. Einst muß unser Zahltag kommen...

Arthur Jahr.

## Witze, die keine sind

Eine jede vernünftige Frau, ein jeder vernünftige Mann wird der Ansicht sein, daß es eine Geschmacklosigkeit ist, über wichtige und ernste Dinge Witze zu machen, und welcher denkende Mensch könnte leugnen, daß Zeugung und Geburt wichtige und ernste Dinge sind? Und doch —! Wir alle kennen diese sogenannten „wirklich guten Witze“, die man in jeder Kneipe und bei jedem geselligen Zusammensein hören kann. An jedem Ort, an jeder Stelle trifft man den Menschen, der sich mit schmunzelndem Gesicht zum Nachbarn beugt und dessen Worte bald in schmutzigem Geflüster ersterben, worauf sich der andere brüllend vor Lachen auf die Schenkel schlägt, um seinerseits mit einem „guten Witz“ aufzuwarten.

Diese Witze bedeuten jedoch geradezu eine Gefahr für die heranwachsende Jugend, die leider allzuoft erst durch sexuelle „Witze“, gleichgültig ob von Erwachsenen, wenn auch unabsichtlich, oder von Altersgenossen in unanständiger Weise „aufgeklärt“ wird. Wie oft geschieht es, daß ein Junge „nur für einen Augenblick“ hin-

ausgeschickt wird, um „ein Glas Wasser“ für den Onkel oder die Tante zu holen, die unbedingt noch einen „guten Witz“ erzählen müssen. Manchmal hört der Junge an der Tür, manchmal wird der „gute Witz“ zu laut erzählt, manchmal tritt der Junge gerade dann ein, wenn die Zuhörer gespannt auf den „Knalleffekt“ aufpassen und den schon längst anwesenden Jungen gar nicht bemerken.

Der „gute Witz“ zerrt Dinge in den Schmutz, die der Mensch ganz besonders vor Verunreinigung zu bewahren hat, sowohl von seiner selbst willen als auch ganz besonders wegen der heranwachsenden Jugend, deren anständiges Empfinden in geschlechtlichen Dingen dadurch schwer geschädigt wird — zum Nachteil ihres gesunden Geistes und ihres gesunden Körpers.

## Was mancher nicht weiß

Das Neujahrstfest hatte bis zum 8. Jahrhundert infolge der auf dem Konzil zu Tours 567 gefaßten Beschlüsse Bußcharakter. Nur in vereinzelten Gegenden feierte man bereits seit dem 4. Jahrhundert das Fest der Beschneidung Christi am Neujahrstage, das dann im Jahre 813 offiziell in den Kalender aufgenommen wurde.

Im Mittelalter wurden am Neujahrstag in vielen Kirchen die berüchtigten „Narrenfeste“, die sich auf alte römische Gebräuche gründeten, abgehalten. Da sie jedoch im Laufe der Zeit immer mehr ausarteten und die Gotteshäuser durch sie zu Schauplätzen turbulenter Orgien herabgewürdigt wurden, schritten sowohl die kirchlichen wie die weltlichen Behörden gegen sie ein, und so erloschen die Narrenfeste allmählich. In Spanien und verschiedenen Gegenden Mittel- und Süddeutschlands erhielten sich jedoch Reste dieser merkwürdigen Veranstaltungen bis ins 17. Jahrhundert hinein.

Die Chinesen feiern Neujahr zwischen dem 20. Januar und dem 18. Februar und richten sich dabei nach der Sonne. Steht sie im Zeichen des Wassermanns, so fällt Neujahr auf den ersten Tag nach Neumond. In Japan war es bis zum Jahre 1873 ebenso.

In Japan dauert das Neujahrstfest mehrere Wochen; ebenso bei den Himalaja-Völkern an der indischen Grenze. Bei diesen ist das Neujahrstfest die einzige größere öffentliche Veranstaltung des ganzen Jahres und wird entsprechend gefeiert. Nur die Lama-Priester müssen sich schon am dritten Tage von den Festlichkeiten zurückziehen und streng fastend ihre Gebetungen verrichten. G. B.

## Vorlenz und Brigitte

Das ist der Titel unseres neuen Romans, mit dessen Abdruck wir in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ beginnen. Sein Verfasser ist Andreas Thom, ein österreichischer Dichter, der seine Romane so lebendig zu schildern versteht, daß man meinen könnte, sie lebten mit uns von Angesicht zu Angesicht. Ihr Tun und Lassen freilich gefällt uns nicht immer. Insbesondere haben wir an dem Vorlenz vieles auszusetzen. Es ist ein Mann, der auch in Wien, wo er mit seiner Familie lebt, glücklicherweise selten anzutreffen ist. Der Dichter nennt ihn einen „Urlauber auf Lebenszeit“; er geht der Arbeit in weitem Bogen aus dem Wege; wenn er gut zu essen und zu trinken hat, ist er mit sich und der Welt zufrieden. Die Sorge für die Familie überläßt er seinem braven Weib, das dabei zugrunde geht. Brigitte hätte all das Böse und Schlimme, das Vorlenz ihr antut, vielleicht überstehen können, wenn sie robuster wäre, als sie es leider ist. Sie ist „die Frau mit dem schweren Herzen“, und wir alle, die wir ihre Geschichte lesen, haben tiefes Mitleid mit ihr. Darüber hinaus wird und soll uns ihr Schicksal anteuern, für eine Welt zu kämpfen, in der alles, was Menschennützlich trägt, frei von Kummer und wirtschaftlicher Sorge leben kann.

## Neujahrswünsche im Arbeiterheim



Und dir, lieber Vater, wünschen wir, daß du recht bald wieder Arbeit bekommst

Aus der Volksschulstatistik

Alle fünf Jahre wird eine Reichsschulstatistik aufgenommen; die letzte erstreckt sich auf das Schuljahr 1931/32. Aus ihr bringt „Wirtschaft und Statistik“ ein vorläufiges Ergebnis, das sich auf die Zahl der Schüler und der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen am 15. Mai 1931, dem Stichtag der Erhebung, bezieht.

Im Schuljahr 1931/32 waren 7,59 Millionen Schüler an den öffentlichen Volksschulen eingeschult; das sind 99,4 Prozent der überhaupt in Volksschulen jeder Art eingeschulten Kinder und 91,6 Prozent der im Volksschulpflichtigen Alter stehenden Bevölkerung. Am 1. Dezember 1926 waren in den öffentlichen Volksschulen 6,63 Millionen Schüler; seither hat sich die Zahl um 14 Prozent erhöht. Das ist aber immer noch um 25 Prozent weniger als im Schuljahr 1921/22, wo 8,89 Millionen Schüler in den öffentlichen Volksschulen waren.

Diese starke Änderung in der Schülerzahl ist eine Auswirkung des Geburtenausfalles in den Kriegsjahren. Die besonders schwach besetzten Geburtsjahrgänge wurden von 1922 bis 1925 schulpflichtig; bis Ostern 1931 waren zwei dieser Jahrgänge der Volksschulpflicht entwachsen. Durch das Nachrücken der stärker besetzten Jahrgänge steigert sich die Zahl der Schulpflichtigen. Im Jahre 1933 scheidet der letzte der schwach besetzten Jahrgänge aus. Dann aber wird sich der Geburtenrückgang nach dem Kriege bemerklich machen, der mit dem Jahre 1923 einsetzte. Das bedeutet, daß mit dem Jahre 1929 ein erneuter Rückgang in der Zahl der Einschulungen begann. Eine Übersicht über die Entwicklung der schulpflichtigen Bevölkerung zeigt die folgende Übersicht:

Table with 4 columns: Ostern, Schulanfänger, Schulpflichtige, Schulentlassene. Rows for years 1925 to 1935. Values are in thousands.

Die Zahl der hauptamtlichen Lehrer an den öffentlichen Volksschulen ging im ganzen Reich von 195 946 im Jahre 1921/22 auf 186 853 im Jahre 1926/27 zurück. Bis zum Jahre 1931/32 ist sie wieder auf 187 704

gestiegen. Auf die Zahl der Schüler bezogen besagt das, daß im Reichsdurchschnitt auf einen Lehrer im Jahre 1921/22 45,4 Schüler kamen, 1926/27 35,7 und 1931/32 40,4 Schüler. Eine Übersicht über die einzelnen Länder und preussischen Provinzen zeigt, daß Oberschlesien am schlechtesten versorgt ist; dort kommen 46,8 Schüler auf einen Lehrer, in Bayern 45,1, in Baden 44,2, in Niederschlesien 43,8 usw. Am besten mit Lehrkräften versorgt ist Hamburg mit 26,2 Schülern auf einen Lehrer, dann folgt Berlin mit 28,5, Bremen mit 29,8 und Lübeck mit 30,5 Schülern auf einen hauptamtlichen Lehrer in den öffentlichen Volksschulen.

Die deutsche Handelsluftfahrt

Eine Reise mit dem Flugzeug ist heute noch für die breite Masse der Bevölkerung ein unerfüllbarer Traum. Aber die Entwicklung der Luftfahrt berechtigt zu der Hoffnung, daß in absehbarer Zeit eine solche Reise auch für den schmalen Geldbeutel erschwingbar wird. Die internationale Handelsluftfahrt hat sich in wenigen Jahren glänzend entwickelt, und die Flugzeuge, diese Wunder der Technik, werden in bezug auf Größe und Leistungsfähigkeit und gleichzeitig auch hinsichtlich der Sicherheit immer vollkommener gestaltet. Das ist ein Verdienst der Deutschen Lufthansa, in der das deutsche Flugwesen seit etwa 6 Jahren einheitlich zusammengefaßt ist. Der Entwicklung des deutschen Flugwesens kommt die geographische Lage Deutschlands wesentlich zustatten.

Die Flugzeuge der Deutschen Lufthansa befördern Passagiere, Post und Fracht. Die Passagierbeförderung erfolgt zur Zeit auf 40 Strecken, auf denen 26 ausländische Großstädte berührt werden; bisher wurden mehr als 1/2 Million Passagiere befördert. Der Hauptvorteil des Flugzeuges liegt in seiner Schnelligkeit. Die Reisegeschwindigkeit beträgt jetzt durchschnittlich 180 Kilometer in der Stunde, doch sind Apparate im Bau begriffen, die annähernd 300 Kilometer Geschwindigkeit entwickeln werden.

Von den jetzt im Verkehr befindlichen Flugzeugen ist die Maschine G 38, welche die Bezeichnung D 2500 trägt, die leistungsfähigste. Die vier Junkersmotoren, mit denen das Flugzeug ausgestattet ist, entwickeln eine Kraft von 2600 PS. Eine Last von 24 000 Kilogramm wird mit einer Geschwindigkeit von 185 Kilometer vorwärtsgetrieben. Außer einem großen Frachtraum hat G 38 Raum für 34 Personen, neben den 7 Personen, welche die Besatzung bilden. Das Flugzeug ist als der fliegende Speisewagen bezeichnet worden; als erstes seiner Art bietet es den Fluggästen Gelegenheit, sich bei Speise und Trank zu erquicken; auch ein Rauchkabinett steht ihnen zur Verfügung.

Die deutsche Handelsluftfahrt ist noch nicht soweit, sich selbst zu erhalten, sie ist auf beträchtliche Reichszuschüsse angewiesen. Aber diese Subvention scheint angebracht, denn es handelt sich um einen sehr entwicklungsfähigen Zweig unseres Wirtschaftslebens. Er berechtigt zu den besten Hoffnungen, wenn erst der Druck der Krise von uns genommen ist.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Zukunft im Rohbau. 18 000 Kilometer durch die Sowjetunion. Von E. C. Weiskopf. Malik-Verlag, Berlin W 50. Preis in Steindruckband 2,85 Mk., in Leinenband 4,25 Mk. — Im Vorwort spricht der Verfasser offenherzig aus, daß sein Bericht keinen Anspruch auf Unparteilichkeit erhebe und nicht nur das Schildere, was ist, sondern auch das, was noch werden soll. Sein Buch ist also teils Wahrheit, teils Dichtung. Ob mehr Dichtung als Wahrheit oder umgekehrt, kann nur der beurteilen, der die russischen Landesteile, über die Weiskopf berichtet, aus eigener Erfahrung kennt. Es traf sich gut, daß wir dieses Buch just in den Tagen lesen mußten, als wir russischen Besuch hatten. Ein Metallarbeiter, der über ein Jahr in Magnitogorsk als ausländischer Spezialist tätig ist, war auf Urlaub. Er stürzte sich mit befehliger Interessiertheit auf das Kapitel aus Magnitogorsk. („Im künftigen Ober-Ruhrgebiet“ heißt es in dem Buche.) Als er es gelesen hatte, sagte er, der Weiskopf ist ein großer Dichter. Dabei sei festgestellt, daß dieser Metallarbeiter ein überzeugter Kommunist ist und auf Sowjetrußland nichts kommen läßt, und er weiß von dort auch viel Gutes zu berichten. Er ist aber mit uns der Meinung, daß derjenige Sowjetrußland am besten hilft, der über seine wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse stets und

in jeder Beziehung die reine Wahrheit sagt. Das sollten auch die Schreiber von Rußlandbüchern wissen und danach handeln.

Das freistehende Einfamilienhaus. Erläutert an 80 Beispielen mit 395 Abbildungen. Von Guido Harbers, Stadtbaurat in München. Verlag D. W. Callweg, München. Preis kartoniert 6,80 Mk. — Vor einiger Zeit wurde hier ein anderes Baubuch des Verfassers lobend besprochen; sein Titel lautet „Das Kleinhaus“. Damals handelte es sich um Häuser, deren Baukosten zwischen 4000 und 15 000 Mk. schwanken. Sein neues Buch beschreibt Häuser, deren Baukosten über 10 000 bis 70 000 Mk. betragen. Es sind hauptsächlich Häuser für ziemlich wohlhabende Leute. So diesen gehören unsere Leser leider nicht, so daß sie mit dem neuen Baubuch des Verfassers praktisch nicht viel anfangen können. Sie können aus ihm aber erselien, was für ein schönes Haus man sich bauen kann, wenn man das nötige Geld hat. All denen, die sich in dieser glücklichen Lage befinden, sei die Anschaffung des Buches empfohlen, sie finden in ihm alles, was sie suchen.

Die großen Illusionen der Menschheit. Von Fritz Schiff. (I. Buchreihe des 9. Jahrgangs der Monatsschrift „Urania“.) Urania-Freidenker-Verlag, Jena. Preis 1,30 Mk., in Ganzleinen 1,80 Mk., Vorkausgabe 2,40 Mk. — Ein Buch, dem wir viele Leser wünschen. Auch wer, wie wir, nicht allem beipflichtet, was der Verfasser schreibt, wird seine Ausführungen mit Gewinn lesen. Er hilft mit, alte Illusionen zu zerstören und vor neuen, die nicht weniger als die alten gefährlich sind, zu warnen.

Kreditschutz durch die Branche. Abwehr von Verlusten durch Erfahrungsaustausch. Von Dr. jur. Hans Culemann. Verlag: Reimar Hobbing, Berlin SW 61. Preis 2,40 Mk. — Der Verfasser beschäftigt sich kritisch mit den bestehenden, geplanten und geschichteten Kreditkontrollen der deutschen und österreichischen Unternehmerverbände. Der Zweck des Buches ist, dem Geschäftsmann zu zeigen, wie er sich vor Kreditverlusten am besten schützen kann.

Neue Werbeschriften des Dietz-Verlages, Berlin SW 68. So kommen wir zum Sozialismus. Von Georg Decker. Preis 10 Pf. — Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat. Von Kurt Löwenstein. Preis 15 Pf.

Neue Welt-Kalender 1933. Dieser Familienkalender für die deutschen Arbeiter erfreut sich großer Beliebtheit. Der neue, 57. Jahrgang rechtfertigt seinen guten Ruf. Der reich illustrierte Kalender enthält alles, was man in einem Kalender sucht. Dazu eine Anzahl Kurzgeschichten und sonstigen erntenden und heiteren Lesestoff. Besondere Beachtung verdient die Besprechung der letzten deutschen Wahlergebnisse. Der von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. herausgegebene Kalender kostet 50 Pf.

Unfallverhütungskalender 1933. Der vom Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften herausgegebene kleine Kalender erscheint nun im siebenten Jahr. Er ist nach Aufmachung und Inhalt dazu bestimmt, das Interesse der Arbeiter für die Unfallverhütung zu fördern. Das 64 Seiten starke Büchlein ist von der Unfallverhütungsbild O. m. b. H., Berlin W 9, zum Preise von 14 Pf. pro Stück zu beziehen, bei größeren Bestellungen Preisermäßigung.

Sozialistische Bildung. Monatsschrift mit den ständigen Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mk. im Vierteljahr. Probehefte stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, gern zur Verfügung.

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. Die „Gesundheit“, die viele gute Ratschläge enthält, wird an den Schaltern der Krankenkassen unentgeltlich abgegeben. Durch die Post bezogen kostet sie vierteljährlich 45 Pf.

Technik für alle. Monatshefte für Technik und Industrie. Jährlich 12 Hefen mit 4 Buchbeilagen. Preis 2,25 Mk. und 2,90 Mk., je nachdem, ob mit gehefteten oder gebundenen Buchbeilagen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Dieck u. Co., Stuttgart, Pfisterstraße 7.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes O. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Advertisement for 'Das viel benutzte und immer bewährte GEG-ZÜNDHOLZ AUS EUREM KONSUMVEREIN' featuring a matchbox illustration.

Advertisement for 'Das Fachblatt für Holzarbeiter' (The Specialist for Woodworkers) with details on subscription rates and content.

Large advertisement for 'KLEINE WELT ATLAS' (Small World Atlas) with a globe illustration and price of 95 Pf.

Advertisement for 'Von Lungenleiden genesen' (Recovered from Lung Diseases) featuring Silphoscalin tablets.

Advertisement for 'Reform-Putzhobel' (Reform Sandpaper) with product specifications.

Advertisement for 'Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)' (Carpenter School Blankenburg).

Advertisement for 'Gummiwaren Medicus' (Rubber Goods Medicus).

Advertisement for 'Leim- u. Furnieröfen' (Glue and Veneer Ovens).

Advertisement for 'Hobelbänke 50 RM.' (Planer Benches).

Advertisement for 'Original-süddeutsche Hobelbänke' (Original South German Planer Benches).

Advertisement for 'Tisch-, Regal- und Hansarwerke' (Table, Shelf, and Bedstead Works).

Advertisement for 'S. BENISCH in PRAG XII.' (S. Benisch in Prague XII) with product details.

Advertisement for 'SONDERANGEBOT' (Special Offer) for a new nitro-cellulose based varnish process.